

4. Sitzung



des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs und kommunale Verkehrsplanungen

Tag der Sitzung

19.03.2015

ORT DER SITZUNG

Kelheim

VORSITZENDER: Dr. Hubert Faltermeier

ZAHL ALLER AUSSCHUSSMITGLIEDER: 12 Kreisräte (zzgl. Landrat)

**NAMEN DER ANWESENDEN UND
STIMMBERECHTIGTEN KREISRÄTE:**

Eduard Brücklmaier, 84048 Mainburg

Kreisrat Eduard Brücklmaier als Vertreter
von Kreisrat Josef Reiser.

Edgar Fellner, 84048 Mainburg

Kreisrat Edgar Fellner als Vertreter von
Kreisrat Heinz Reiche.

Dr. Andreas Fischer, 93326 Abensberg

Kommt um 14.15 Uhr zu TOP 1
verspätet zur Sitzung (entschuldigt).

Josef Hofmeister, 93077 Bad Abbach

Werner Maier, 84048 Mainburg

Karl Mirwald, 93309 Kelheim

Christian Prasch, 93309 Kelheim

Annette Setzensack, 84048 Mainburg

Angela Steinberger, 93309 Kelheim

Rupert Treitinger, 93333 Neustadt/Donau

Ludwig Wachs, 93077 Bad Abbach

FEHLENDE KREISRÄTE:

Petra Högl, 84106 Volkenschwand

Kreisrätin Petra Högl fehlt als Vertreterin
von Kreisrat Martin Kiermeyer
entschuldigt.

Martin Kiermeyer, 84089 Aiglsbach

Kreisrat Martin Kiermeyer fehlt
entschuldigt.

Heinz Reiche, 93309 Kelheim

Kreisrat Heinz Reiche fehlt entschuldigt.

Josef Reiser, 84048 Mainburg

Kreisrat Josef Reiser fehlt entschuldigt.

SCHRIFTFÜHRER: Verw.-Angestellter Dieter Studenik

AUSSERDEM WAREN ANWESEND:

Abteilungsleiter Herr Krause, Kreiskämmerer Herr Schmidbauer, Pressesprecher Herr
Müller, Frau Braun, Frau Mursch, Frau Reichl

Als Gast anwesend: Kreisrat Dr. Bastian Bohn

BESCHLUSSFÄHIGKEIT NACH ART. 41 ABS. 2 LKRO WAR GEGEBEN.

Die Sitzung war öffentlich - nicht öffentlich

1. Kostenlose Mitnahme von Kindern unter 6 Jahren
2. Fahrkartenbezuschussung für Raum Mainburg
3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
 - 3.1 Nahverkehrsplan - Sachstandsbericht (Präsentation)
 - 3.2 Nahverkehrsplan - Beschluss über Leitbild
4. Sonstiges

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs und kommunale Verkehrsplanungen am 19.03.2015, 14:00 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes Kelheim (Zi. Nr. 22).

Landrat Dr. Faltermeier eröffnete die Sitzung. Gegen die Ladung und die Tagesordnung wurden keinerlei Einwendungen erhoben.

Beschluss-Nr. 126: Kostenlose Mitnahme von Kindern unter 6 Jahren

Herr Studenik verweist auf die den Ausschussmitgliedern übersandte Auflistung über die Tarife der einzelnen Verkehrsunternehmen. Ergänzt werden die Ausführungen dahingehend, dass die Tarifgestaltung durch die Verkehrsunternehmen erfolgt und die Tarife von der Genehmigungsbehörde (Regierung) genehmigt werden. Der Landkreis Kelheim hat keine Einflussmöglichkeit. Landrat Dr. Faltermeier fügt an, dass der Schlüssel zur Problemlösung in München liege. Er kann sich vorstellen, im Rahmen einer Resolution durch eine Partei eine einheitliche Lösung einzufordern. Im Anschluss daran folgt eine kurze Diskussion. Herr Studenik warnt davor, für diesen Personenkreis einen eigenen Tarif einzuführen, da er andere Gruppierungen ausgrenze und damit juristisch angreifbar sei. Kreisrat Prasch lässt offen, ob erneut ein Antrag eingereicht wird. Er könne sich auch eine Anfrage seiner Partei an den Landtag vorstellen.

Beschluss-Nr. 127: Fahrkartenbezuschussung für Raum Mainburg

Herr Studenik teilt mit, dass aufgrund der Tarifintegration von Mainburg in den MVV-Tarif ab 14.12.2014 keine Zuschussung der Fahrkarten mehr erfolgt. Dieses Verfahren wurde in der ÖPNV-Ausschusssitzung am 24.3.2003 beschlossen, da sich die Verhandlungen bezüglich einer Tarifintegration hinzogen.

Beschluss-Nr. : Fortschreibung des Nahverkehrsplanes

Beschluss-Nr. 128: Nahverkehrsplan - Sachstandsbericht (Präsentation)

Frau Mursch und Herr Studenik geben einen ausführlichen Bericht über die von den Gemeinden und den Verkehrsunternehmen zurück gesandten Fragebögen. Die Fragen an die Gemeinden behandelten u. a. die Versorgung, Arbeitsplätze, ÖPNV-relevante Entwicklungen. Von den Verkehrsunternehmen wurde u. a. die Fahrzeugausstattung, zukünftige Planungen abgefragt. Ein weiterer Punkt bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans war die Anhörung von Behindertenbeauftragten. Sowohl mit den Gemeinden als auch mit den Verkehrsunternehmen und Behindertenbeauftragten wurde jeweils ein eigener Besprechungstermin abgehalten und die Ergebnisse diskutiert. Auch die Parteien des Landkreises wurden um Meinungsbildung gebeten.

Im Anschluss werden die Ergebnisse der Haushaltsbefragung dargestellt. Nach einem kurzen Resümee von Landrat Dr. Faltermeier werden durch Frau Mursch und Herrn Studenik die Kapitel 1 bis 5 des Nahverkehrsplans als Zwischenbericht vorgestellt. Kapitel 1 enthält die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, zeigt die Probleme des ÖPNVs im ländlichen Raum sowie Ziele der Raumordnung, Landesplanung und der verkehrlichen Fachplanungen auf. In Kapitel 2 werden die Gründe der Fortschreibung näher erläutert, während Kapitel 3 Einzelheiten über die Datenerhebung und Beteiligung umfasst. Kapitel 4 trifft Aussagen über Pendlerbeziehungen, Bevölkerungs- und Versorgungsstruktur, Schulen, Behörden usw. Kapitel 5 behandelt die Mobilität der Bevölkerung des Landkreises Kelheim sowie die Gesamtverkehrsnachfrage.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass ein großer Teil der vorgenannten Kapitel aufgrund feststehender Rahmendaten vorgegeben ist. Herr Studenik weist aber noch einmal auf die Wichtigkeit des fortgeschriebenen Nahverkehrsplans hin, da er zum einen von der Genehmigungsbehörde (Regierung) bei der Vergabe von Konzessionen zu beachten ist und zum anderen aus den noch festzusetzenden Maßnahmen die zukünftigen Verkehre zu planen sind.

Da der größte Teil der Konzessionen bis Dezember 2019 befristet ist, ebenso die Verträge über Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen, sollte im kommenden Jahr die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Vergabepaxis getroffen werden. Aufgrund der Komplexität einer europaweiten Ausschreibung ist es nach Aussage von Herrn Studenik erforderlich, hierfür ein externes Büro zu beauftragen. Ob dadurch die Finanzierung des ÖPNV günstiger werden wird, bleibt abzuwarten. Weitere Kostensteigerungen würden auf den Landkreis zukommen, sofern im Schülerverkehr zusätzliche Busse zum Einsatz kämen, obwohl die Kapazität der Busse nicht ausgeschöpft ist.

Beschluss-Nr. 129: Nahverkehrsplan - Beschluss über Leitbild

Landrat Dr. Faltermeier fasst die Vorträge über die Kapitel 1 bis 5 des Nahverkehrsplans kurz zusammen. Er betont, dass eine gewissenhafte Arbeit geleistet wurde wie dies die Ausführungen belegt haben. Entgegen dem Beschlussvorschlag soll aber nicht über Kapitel 6 (Leitbild), sondern über den als Tischvorlage ausgeteilten Beschluss abgestimmt werden. Dem Zwischenbericht über die vorgetragenen Kapitel 1 bis 5 soll zugestimmt werden, während die Ausarbeitung der Kapitel 6 bis Kapitel 8 einem unabhängigen Gutachter übertragen werden. Weiterhin schlägt die Verwaltung vor, die Fraktionen mögen darüber entscheiden, ob vom Gutachter eine Prüfung bezüglich der Einführung flexibler Bedienungsformen und Mitteilung der anfallenden Kosten u. a. für die Erarbeitung der Kapitel 6 bis 8 erfolgen soll. Grund für diesen Vorschlag der Verwaltung ist einzig und allein, eine breite Akzeptanz des Nahverkehrsplans zu erreichen, die wegen der Tragweite unabdingbar ist, da die darin enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen und er von der Regierung von Niederbayern zu beachten ist. Die Fertigstellung des Nahverkehrsplans von einem Externen hätte eine breitere Akzeptanz zur Folge. Aus diesem Grund soll der Vorschlag in den Fraktionen beraten und in der nächsten ÖPNV-Ausschusssitzung über die weitere Vorgehensweise entschieden werden.

Kreisrat Hofmeister führt aus, dass aus seiner Sicht die Akzeptanz sowohl im Kreistag als auch im Ausschuss vorhanden ist. Er selbst hat für die Ausarbeitung des Nahverkehrsplans durch die Verwaltung gestimmt. Kreisrat Dr. Fischer sprach der Verwaltung ein Lob für die bisherige Arbeit aus und äußert sich verwundert darüber, dass sich ein Teil der Verkehrsunternehmen und der Parteien nicht an der Umfrage beteiligt haben. Allerdings sind für ihn drei Punkte wichtig: die Schülerbeförderung sollte unter dem Aspekt Sicherheit mehr in den Mittelpunkt rücken. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind aus seiner Sicht nicht optimal. Weiterhin soll für Senioren und Personen mit Mobilitätseinschränkungen soweit wie möglich Barrierefreiheit hergestellt werden. Ebenso muss die Bekanntheit des ÖPNV auch in kleineren Orten gesteigert werden. Grundsätzlich kann er sich auch eine externe Vergabe vorstellen. Die Kreisräte Wachs, Fellner, Mirwald und Prasch danken der Verwaltung ebenfalls für die gute Ausarbeitung, würden aber auch einer externen Vergabe gegenüber offen sein. Kreisrat Wachs weist in diesem Zusammenhang auf die Bedenken der CSU-Fraktion in der Vergangenheit hin. Dem widerspricht Kreisrat Prasch. Er stellt klar, dass es gegen die Verwaltung keine Kritik gibt. Seine Fraktion wollte eine Mobilitätsstudie erarbeiten lassen, was aber von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

Landrat Dr. Faltermeier erteilt Kreisrat Dr. Bohn das Wort. Kreisrat Dr. Bohn macht deutlich, dass gegenüber der Verwaltung kein Misstrauen besteht. Allerdings ist es wichtig, in Kapitel 6 (Leitbild) noch ein paar Korrekturen anzubringen und den Nahverkehrsplan ausführlich zu diskutieren, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Kreisrat Setzensack brachte ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass für die restliche Tätigkeit eine externe Vergabe erfolgen soll und stellt die Frage über die anfallenden Kosten. Landrat Dr. Faltermeier beziffert die Kosten auf ca. 40.000,00 € - 50.000,00 €, die aber nicht im Haushalt 2015 veranschlagt sind. Er betont noch einmal, dass die Verwaltung den übrigen Teil erledigen kann, aber bei externer Bearbeitung ein großer Konsens besteht. Darum ist es wichtig, dies in Ruhe in den Fraktionen zu diskutieren und dann eine abschließende Entscheidung zu treffen. Es erging folgender

Beschluss:

1. Der ÖPNV-Ausschuss stimmt dem Zwischenbericht vom 11.3.2015 zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans:
 - Kapitel 1: Rahmenbedingungen
 - Kapitel 2: Gründe für die Fortschreibung
 - Kapitel 3: Datenerhebung und Beteiligung
 - Kapitel 4: Raumstrukturanalyse und Soziodemographie
 - Kapitel 5: Mobilität der Bevölkerung des Landkreises Kelheim und Gesamtverkehrsnachfragezu.

2. Die Verwaltung schlägt vor,
 - 2.1 für die Ausarbeitung der Kapitel 6 (sh. beiliegender Entwurf des Leitbildes), Kapitel 7 (Bestandsaufnahme mit Stärken-/Schwächenanalyse), Kapitel 8 (Maßnahmenpaket) einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen, der auch die Stellungnahmen der im Kreistag vertretenen Parteien und

Gruppierungen in die Prüfung einbezieht.

2.2 Zusätzlich wird dieser unabhängige Gutachter zu einer Stellungnahme beauftragt,

- a) ob und in welchem Umfang im Landkreis Kelheim flexible Bedienungsformen eingeführt werden sollen, wie z. B.
 - Anruf-Sammel-Taxis
 - Rufbusse
 - Carsharing
 - Verknüpfung Bürgerbusse/Nachbarschaftshilfe der Gemeinden mit dem ÖPNV
 - Einrichtung von besonderen Stadtverkehren (z. B. „Dolmus-System“)
 - Einbeziehung von Taxi- und Mietwagenverkehr
 - Aufbau eines digitalen Mobilitätsauskunftssystems für verschiedene Verkehrsmittel via App etc. (intermodale Mobilitätsplattform)
- b) über die Höhe der anfallenden Kosten
 - der Fortschreibung (Ausarbeitung Kapitel 6, 7 und 8)
 - der flexiblen Bedienungsformen
 - der sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNVs.

3. Zur Vorbereitung der Entscheidung im ÖPNV-Ausschuss bzw. im Kreistag (Landkreishaushalt) wird vorstehender Vorschlag über die Beauftragung eines Gutachters zur Beratung an die Fraktionen überwiesen. In der nächsten Sitzung des ÖPNV-Ausschusses am 13.7.2015 soll dann eine Entscheidung getroffen werden.

Dafür: 12 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. :	Sonstiges
-----------------	-----------

Keine Wortmeldung.

Die Sitzung war um 15:40 Uhr beendet.

Landrat

Protokollführer

Dr. Faltermeier

Studenik